



medbo-Kliniken gewinnen Auszeichnung

Die Medizinischen Einrichtungen des Bezirks Oberpfalz (medbo) haben den HR Excellence Award 2016 im Bereich Führungskräfteentwicklung gewonnen. Der deutschlandweit renommierte Preis für Personalgewinnung wurde medbo-Personaldirektor Horst Meisinger (rechts), Pflegedirektorin Felicitas Klein (links) und Monika Kolpatzik (Mitte) von der Technischen Hochschule Ingolstadt in Berlin überreicht. Die Awards zeichnen Leuchtturmprojekte im Personalmanagement aus. Prämiert wurde das Projekt für eine maßgeschneiderte Führungskräfteentwicklung der medbo in Form eines berufs begleitenden Bachelorstudiengangs in Kooperation mit dem Institut für Akademische Weiterbildung der Technischen Hochschule Ingolstadt. Der prämierte berufs begleitende Bachelorstudiengang ist eine innovative Führungskräfteentwicklung, die von der THI für die Anforderungen der medbo entwickelt wurde. „Unsere Führungskräfte müssen einen täglichen Hochseilakt zwischen patientenorientiertem und wirtschaftlich optimiertem Handeln meistern“, so Helmut Hausner, Vorstand der medbo. Im Juli dieses Jahres konnten sich die ersten 13 medbo-Mitarbeiter über den erfolgreichen Abschluss des Studiengangs freuen. „Bei der Einführung des Ba-

achelor-Studiengangs „Management in Gesundheitsberufen“ stimmte von Anfang an alles: Die THI erkannte unsere Bedürfnisse und wir konnten professionell unseren Bereich Personalentwicklung ausbauen“, resümiert Horst Meisinger. „Die Akademisierung unserer Stationsleitungen darf kein Abschluss des Titels willen sein. Sie muss sich in der Praxis bewähren und genau diese Voraussetzung erfüllt die maßgeschneiderte Führungskräfteentwicklung der THI“, lobt Pflegedirektorin Felicitas Klein. „Der jetzt ausgezeichnete berufsbegleitende Bachelor „Management in Gesundheitsberufen“ ist bereits jetzt einer der am meisten nachgefragten Studiengänge in der Weiterbildung“, erklärte Professor Thomas Doyé, Vizepräsident der THI. Der passgenaue Studiengang für Stationsleitungen im Pflegedienst ist Teil des strategischen Personalmanagements der medbo. Aufgrund der zunehmenden medizinischen und ökonomischen Herausforderungen werden künftig bei der medbo Führungsfunktionen im Pflegebereich nur noch mit entsprechend akademischer Qualifizierung besetzt. Um dies langfristig sicherstellen zu können, qualifiziert die medbo geeignete Nachwuchs-Führungskräfte in diesem Studiengang für kommenden herausfordernde Aufgaben.

TEXT LISSY HÖLLER, FOTO JULIA NIMKE

Strukturwechsel bei der Europaregion Donau-Moldau

Bei einem Arbeitstreffen von Vertretern des Büros der Europaregion Donau-Moldau (EDM) in Niederbayern und der gemeinsamen Geschäftsstelle im oberösterreichischen Linz blickte der Vorsitzende des Trägervereins, Niederbayerns Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich (CSU), mit den Kollegen auf die Kooperationsarbeit der letzten drei vergangenen Jahre zurück. „Wir haben einiges erreicht, doch nun muss das nächste Etappenziel ins Auge gefasst werden“, so Heinrich.

Als besonders erfolgreich konnte die Zusammenarbeit im Hochschulwesen herausgestellt werden. In diesem Bereich wird in den kommenden Jahren eine Vielzahl grenzüberschreitender Projekte, die im Rahmen der Interreg-Programme Bayern-Tschechien und Bayern-Österreich gefördert werden, durchgeführt. „Wir konnten mehrere Millionen Euro Fördermittel gemeinsam mit den niederbayerischen Hochschulen akquirieren“, stellte die zuständige Koordinatorin Kathrin Martin heraus.



Niederbayerns
Bezirkstagspräsident
Olaf
Heinrich ist Chef
des Trägervereins
der EDM.

FOTO B5Z

2017 dürfte ein Jahr grundlegend neuer Weichenstellungen für die Europaregion werden. Die Antwort auf Heinrichs Bestrebungen könnte die Gründung eines „Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)“ sein. Ein derartiger Verbund ist eine nach europäischen Recht anerkannte Organisation, die alle Formen der territorialen Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern erleichtern und fördern soll. Es soll dabei vor allem die wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit intensiviert und nachhaltig gefestigt sowie sukzessive ausgebaut werden. >KARIN STEMPFHUBER

VERANTWORTLICH
für beide Seiten:
Bayerischer Bezirkstag,
Redaktion: Ulrich Lechleitner

Experten diskutieren in Irsee über aktuelle Herausforderungen der forensischen Psychiatrie in Bayern

Garant für die Sicherheit der Bürger

Vor einhalb Jahren trat das bis dahin lang erwartete Bayerische Maßregelvollzugsgesetz in Kraft. „Höchste Zeit für eine Standortbestimmung“, dachten sich die Verantwortlichen des Bayerischen Bezirkstags und seines Bildungswerks. Deshalb wurden dieses Jahr Fachleute aus Politik und Praxis zum Gesundheitspolitischen Kongress nach Irsee eingeladen, um mit ihnen über den aktuellen Stand im Maßregelvollzug in Bayern zu diskutieren.

Mit der Einführung eines Maßregelvollzugsgesetzes wurde einer langjährigen Forderung des Bayerischen Bezirkstags Rechnung getragen. Damit wurden die erforderliche Rechtssicherheit für die Einrichtungen sowie ein Mehr an notwendiger Transparenz und Justiziabilität im Sinne der Patienten, deren Angehörigen und den Bediensteten in den Kliniken geschaffen. Dass Transparenz gerade im Maßregelvollzug eine besonders wichtige Rolle spielt, darüber waren sich die Teilnehmer der Tagung einig.

Denn leider unterscheidet die Öffentlichkeit häufig nicht zwi-

schen Forensischer Psychiatrie – sprich dem Maßregelvollzug – und der allgemeinen Akutpsychiatrie. Michael Hübsch vom bayerischen Sozialministerium forderte deshalb die Träger der Einrichtungen auch zu einer „gezielten und beständigen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ auf. Wichtig sei es, findet Hübsch, „den Ruf einer black box loszuwerden“. Das Thema in die Öffentlichkeit zu rücken sei allerdings nicht einfach, gibt Hübsch zu – aber eben wichtig, denn sonst sei man leider „oft nur mit eher negativen Schlagzeilen in den Medien vertreten“.

Niedrige Rückfallquote ehemaliger Patienten

Dass der Maßregelvollzug durchaus positive Effekte hat und man diese auch wissenschaftlich belegen kann, veranschaulichte Adelheid Bezzel vom Institut für Qualitätsmanagement des Maßregelvollzugs (IFQM) in Regensburg. So zeigte sich bei der Befragung von entlassenen Forensik-Patien-

ten, dass lediglich fünf Prozent der psychisch kranken Patienten im Maßregelvollzug im ersten Jahr wieder straffällig werden. Bei den suchtkranken Patienten sind es rund 20 Prozent, was sich in erster Linie auf den Suchtdruck zurückführen lässt. Wer Drogen konsumiert, hat somit ein höheres Straftatrisiko.

Die niedrige Rückfallquote von ehemaligen Forensik-Patienten ist insbesondere auch den forensischen Ambulanzen zu verdanken, die in Bayern seit 2009 flächendeckend eingeführt wurden. Bezirkstagspräsident Josef Mederer ist nach wie vor froh darüber, dass diese nun auch im Maßregelvollzugsgesetz verankert wurden: „Die forensisch-psychiatrischen Ambulanzen leisten einen wichtigen Beitrag zur nachsorgenden Betreuung und Behandlung ehemaliger Forensik-Patienten. Mit der Nennung im Gesetz wurde eine langjährige Forderung der Bezirke umgesetzt.“

In der ambulanten forensischen Nachsorge sollen die Therapieerfolge möglichst lange erhalten bleiben. Derzeit nehmen die ent-

lassenen Patienten das ambulante Angebot in etwa 32 Monate lang in Anspruch. Nach und nach sollen diese dann an die üblichen psychiatrischen Versorgungsstrukturen vor Ort überführt werden.

Einig waren sich die Teilnehmer auch, dass es einer wissenschaftlich fundierten Evaluation bedürfe, um die Qualität des Maßregelvollzugs ständig zu verbessern. Das IFQM leiste hier bereits gute Arbeit. Dennoch könnten man mit noch genaueren Patientenbefragungen noch gezielte Aussagen treffen. Und dies ist wichtig, um die Arbeit der forensischen Einrichtungen messbar zu machen.

Die Geschäftsführerin des Bayerischen Bezirkstags, Stefanie Krüger, betonte auch, dass dem Maßregelvollzug eine wichtige gesellschaftspolitische Bedeutung zukomme. Sie hoffe, dass das auch in der Öffentlichkeit ankomme: „Denn der beste Garant für die Sicherheit der Bevölkerung ist die Ermöglichung einer guten Therapie im Maßregelvollzug.“ > MICHAELA SPILLER

Buch-Präsentation in Amberg

Die Klosterlandschaft der Oberpfalz

Amberg, die frühere Hauptstadt der „Oberen Pfalz“, war Ort für die Buchpräsentation *Oberpfälzer Klosterlandschaft*, herausgegeben von Bezirksheimatpfleger Tobias Appl und Manfred Knedlik. Bezirkstagspräsident Franz Löffler verwies auf die zahlreichen staatlichen, kommunalen und privaten Nachnutzungen als Behördensitze, Sozialeinrichtungen oder Schulen. Der Bezirk Oberpfalz unterstützt im Rahmen seiner denkmalpflegerischen Aufgaben auch den Erhalt der historisch bedeutsamen Klöster wie Waldsassen, Plankstetten oder Speinshart.

Tobias Appl stellte die wechselhafte Geschichte der Oberpfälzer Klöster vor. Im Vergleich zum restlichen Altbayern setzten Klostergründungen in der Oberpfalz erst an der Wende vom 11. zum 12. Jahrhundert ein. Dabei waren diese Gründungen nicht nur Mittelpunkte des Glaubens, sondern bil-

deten Zentren der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Das Buch öffnet in drei Kapiteln den Blick auf rund 600 Jahre Klostergeschichte von den Klostergründungen der alten Prälatenorden, der Geschichte der Bettelorden und dem Wirken der Reformorden ab dem 17. Jahrhundert. Die Herausgeber sowie 23 weitere Autoren liefern Einblicke zu den konfessionsbedingten Konflikten im Zusammenleben zwischen Katholiken und Protestanten in Pyrbaum in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Mit den Bildern des Fotografen Mario Kick wird das Buch auch zur Entdeckung fürs Auge.

> GÜNTER BONACK



Verleger Friedrich Pustet (von links) mit dem oberpfälzischen Bezirkstagspräsidenten Franz Löffler und dem Zweiten Bürgermeister von Amberg, Martin Preuß (beide CSU), während der Buchpräsentation.

FOTO E.B.

Bezirk garantiert stabile Förderung für Kulturprojekte

Mit rund 8,25 Millionen Euro wird der Bezirk Unterfranken in diesem Jahr Kultur und Kulturschaffende fördern. Insgesamt sieht der Haushalt der Unterfränkischen Kulturstiftung ein Volumen von mehr als 9,32 Millionen Euro vor. Damit wird der Bezirk auch heuer der mit Abstand größte Kulturförderer der Region sein.

Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel ging in diesem Zusammenhang auf die „nach wie vor schwierigen Marktbedingungen“ ein, denen die Vermögenserträge als Hauptfinanzierungsquelle der Stiftung ausgesetzt blieben. Die gleich nach der Finanzkrise gewählte Anlagestrategie, auf einlagensichere festverzinsliche Wertpapiere mit längeren Laufzeiten zu setzen, habe sich als richtig erwiesen, lobte Dotzel.

Auch von Seiten der Bezirksräte erwarteten Kämmerer Rainer Klingert und Finanzreferat-Leiter Andreas Polst, die beide federführend die Anlage des Stiftungskapitals verantworten, großes Lob. „Hut ab zu dieser Anlage-Strategie!“, sagte Tamara Bischof (FW). Marion Schäfer-Blake dankte im Namen der SPD-Fraktion. Peter Motsch verband den Dank der CSU-Fraktion mit der Hoffnung, auch in künftigen Jahren die Kultur in Unterfranken nach Kräften fördern zu können. „In einer Kulturlandschaft gibt's immer was Neues.“

Rainer Klingert wies darauf hin, dass die Kulturstiftung ihre Zweckausgaben nach einem Plus von 3,1 Prozent im Vorjahr erneut steigern konnte – „und zwar um 1,8 Prozent“. Den Durchschnittsertrag errechnete er auf 3,64 Prozent. „Angesichts des derzeitigen Zinsniveaus brauchen wir mit diesem Ertrag keinen Vergleich zu scheuen!“

Zu den größten Posten im unterfränkischen Kulturhaushalt zählt mit insgesamt 1,1 Millionen Euro die Denkmalpflege. Mit mehr als 3,6 Millionen Euro wird der Bezirk die verschiedenen Museen, Sammlungen und Ausstellungen bezuschussen. Über 1,5 Millionen Euro können sich Theater-Macher und Musiker freuen. Als die größte finanzielle Herausforderung bezeichnete Rainer Klingert Schloss Aschach. Allein für die Neukonzeption des Graf-Luxburg-Museums seien Ausgaben in Höhe von 1,1 Millionen Euro veranschlagt.

> MARKUS MAURITZ